Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 1 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint

Nr. 320. Mittag-Ausgabe. Fünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Dinstag, den 13. Juli 1869.**

Deutschland.

Berlin, 12. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den General-Staatsanwalt, Wirklichen Geheimen Ober-Justizrath von Ingersleben, zum Vice-Präsidenten bei dem Ober-Tribunal und den Geheimen Ober-Justizrath und vortragenden Rath im Justiz-Ministerium, Weber hierselbst, zum General-Staatsanwalt bei dem Ober-Tribunal ernannt; dem seitherigen Regierungs-Rath von Lebbin und dem seitherigen Landrath Steinmann hierselbst den Charakter als Geheimer Regierungs-Rath mit dem Range eines Rathes dritter Klasse verliehen, sowie den seitherigen Landrath Persius zum Geheimen Regierungs- und vortragenden Rathe im Ministerium des Innern; und den vormaligen Landdrosten in Pinneberg, Adalbert Heinrich Friedrich Graf von Baudissin in Stettin, den vormaligen Stadt-Präsidenten zu Friedrichstadt, Ernst Johann Albrecht von Bertouch in Liegnitz, und den vormaligen Amtmann Wilhelm Groskopff in Frankfurt a. O., zu Regierungs-Räthen ernannt.

Der Baumeister Blumberg zu Lengerich in Westfalen ist zum königl. Eisenbahn-Baumeister ernannt und als solcher bei der Bergisch-Märkischen Eisenbahn-Verwaltung zu Elberfeld angestellt worden.

Berlin, 12. Juli. [Ihre Königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin] nebst Ihrer gesammten Familie sind am Vormittage des 9. d. Mts. im besten Wohlsein auf Norderney angekommen. Der Empfang Seitens der Bevölkerung und der Badegäste war ebenso ehrfurchtsvoll als herzlich; Abends war der ganze Ort zu Ehren der hohen Gäste illuminirt. Im Gefolge Ihrer Königlichen Hoheiten befinden sich die Damen Gräfin Brühl und Gräfin Reventlow, der Hofmarschall Graf Eulenburg, der pers. Adjutant Hauptmann von Jasmund, Kammerjunker Graf Seckendorff, Leibarzt Dr. Wegner, Hauptmann von Dresky und Premier-Lieutenant O'Danne. (St.-Anz.)

[Se. Majestät der König] hat durch Allerhöchste Ordre vom 7. Juni d. J. dem Berliner Comite für die diesjährige Polar-Expedition eine Beihülfe von 2000 Thalern bewilligt.

= [Vom Hofe.] Der Aufenthalt Sr. Maj. des Königs im Bade Ems soll vier Wochen währen. Der projectirte Besuch des Königs bei dem Großherzoge von Baden zu Soden ist unterblieben, weil der Großherzog in wenigen Tagen den letztgedachten Ort verläßt und heimkehrt. J. M. die Königin Augusta residirt noch 14 Tage auf Schloß Babelsberg und begiebt sich alsdann nach Coblenz. Der Courierdienst für S. M. den König ist ganz wie in früheren Jahren eingerichtet.

♂ [Theologisches.] Die Gesammtzahl der im gegenwärtigen Sommersemester auf den altländischen Universitäten immatriculirten, den alten Landestheilen angehörenden Studirenden der evangelischen Theologie beträgt 714 gegen 747 im Wintersemester 1868/69. Davon kommen auf Berlin 222, auf Bonn 62, auf Breslau 64, auf Greifswald 28, auf Halle 259 und auf Königsberg 79. — Nach einer Uebersicht, über die in den Consistorialbezirken der acht alten Provinzen im Jahre 1868 mit dem Wahlfähigkeitszeugnisse versehenen, resp. ordinirten Candidaten der evangelischen Theologie betrug die Gesammtzahl der für wahlfähig erklärten Candidaten 225, die der ordinirten 254. Es kamen hiervon auf den Consistorialbezirk Königsberg je 39 und 31, auf Berlin je 47 und 67, auf Stettin je 24 und 27, auf Magdeburg je 54 und 47, auf Posen je 1 und 13, auf Breslau je 18 und 25, auf Münster je 18 und 18 und auf Coblenz je 24 und 26 Candidaten.

Berlin, 12. Juli. [Die Antwort des Grafen Beust auf die Hohenlohe'sche Concils-Depesche.] Die „N.-Z." ist in der Lage, die Antwort des Grafen Beust auf die Depesche des Fürsten Hohenlohe, betreffend das Concil, mitzutheilen. Dieselbe ist unter dem 15. Mai an den Grafen Ingelheim, österreichischen Gesandten in München, gerichtet, und lautet unter Hinweglassung der den Inhalt der baierischen Depesche resumirenden Einleitung, wie folgt:

Ich habe diese Mittheilung, wie die hohe Wichtigkeit ihres Gegenstandes es erheischt, der aufmerksamsten Erwägung unterzogen, und mich zugleich für verpflichtet gehalten, vor Beantwortung der von dem Herrn Fürsten von Hohenlohe angeregten weittragenden Fragen mich vertraulich sowohl mit dem k. k. österreichischen wie mit dem königlich ungarischen Ministerium zu berathen.

Im vollen Einverständnisse mit den Ministerien beider Reichshälften und mit allerhöchster Ermächtigung Sr. Majestät des Kaisers und Königs habe ich nunmehr die Ehre, durch Ew. Excellenz gefällige Vermittelung dem Münchener Cabinette in Erwiderung auf seine Anfrage die nachstehenden Bemerkungen mitzutheilen:

Eine Regierung, welche, wie die österreichisch-ungarische, die Freiheit der verschiedenen Religionsbekenntnisse innerhalb der freiheitlich constituirten bürgerlichen Gesellschaft zum leitenden Grundsatze erhoben hat, würde nach unserer Auffassung die volle Conlequenz ihres Princips nicht festhalten, wenn sie einem in der Verfassung der katholischen Kirche begründeten Vorgange, wie es die Einberufung eines allgemeinen Concils ist, ein System präventiver einschränkender Maßnahmen gegenüberstellen wollte. Es wird, was diesen principiellen Ausgangspunkt für unsere Betrachtung betrifft, zugleich darauf hingewiesen werden dürfen, daß, so viel bis jetzt bekannt, keine derjenigen Mächte, von denen der Grundsatz der Unabhängigkeit der Kirche vom Staate und des Staates von der Kirche am vollständigsten anerkannt und in deren Bereich er am tiefsten in das öffentliche Bewußtsein eingedrungen ist, Besorgnisse über mögliche Beschlüsse des künftigen Concils an den Tag gelegt oder sich bereits mit dem Gedanken an abwehrende Gegenmaßregeln beschäftigt hat.

Steht es nun aber als allgemeine Regel fest, daß den anerkannten Religionsgesellschaften, in ihren inneren Lebensäußerungen, so lange diese nicht mit dem staatlichen Standpunkte collidiren, die vollste Freiheit gelassen werden müsse, so hat die kaiserliche und königliche Regierung in der Sachlage, wie sie sich bis heute darstellt, keine genügende Motive des Rechts oder der Opportunität zu erblicken vermocht, um schon jetzt dem an sich so beachtungswerthen Vorschlage der königlich baierischen Regierung Folge zu geben.

Ueber den Verlauf des Concils können nämlich dermalen nur Vermuthungen, mehr oder weniger wahrscheinliche, aufgestellt werden. Nicht einmal über das Programm der Berathungs-Gegenstände des Concils sind andere officielle Aufschlüsse, als die übersichtlichen Andeutungen der päpstlichen Einberufungsbulle vorhanden. Das Gebiet der wirklich rein dogmatischen Fragen wird ohnehin Niemand dem allgemeinen Kirchenrathe streitig machen wollen. Was aber die staatskirchlichen Angelegenheiten, sowie diejenigen Materien betrifft, welche mit der Confession zugleich das bürgerliche Recht berühren, so läßt sich heute schwerlich schon ein Urtheil darüber gewinnen, ob die Gefahr vorhanden sei, daß die in diesem Bereiche seither hervorgetretenen Gegensätze durch die Verhandlungen und Beschlüsse des Concils noch geschärft und zu größerer Gefährlichkeit für die Ruhe der Staaten gesteigert werden könnten. Wir können das Vorhandensein einer solchen Gefahr weder bestätigen noch in Abrede stellen. Doch dürfte im Allgemeinen kaum vorauszusetzen sein, daß die Bischöfe der katholischen Welt, die der großen Mehrzahl nach in Ländern mit vollkommen säcularisirter Gesetzgebung leben und wirken müssen, nicht eine genaue Kenntniß der praktischen Nothwendigkeiten unseres Zeitalters nach Rom mitbringen sollten. Und wenn die Erwartung berechtigt ist, daß es dem Zwecke der Erhaltung des Friedens zwischen Staat und Kirche an Wortführern unter den Prälaten des Concils nicht fehlen werde, so liegt es vielleicht nicht im Interesse der Regierungen, diese Stimmen als von Staats wegen patronisirt erscheinen zu lassen und dadurch in ihrer Autorität zu beeinträchtigen. Es läßt sich ferner dermalen noch nicht erkennen, wie die päpstliche Kurie, welche in der jetzigen Weltlage die Präcedentien früherer Jahrhunderte in Bezug auf die Theilnahme der weltlichen Fürsten an den Concilien nicht wird erneuern können noch wollen, gegenüber den Regierungen hinsichtlich derjenigen Verhandlungs-Gegenstände sich zu verhalten gedenkt, in welchen die Beschlüsse des Concils nicht ohne staatliche Anerkennung zur Ausführung gelangen könnten. Nach unserer Auffassung sind aber die Regierungen vollkommen in der Lage, die in dieser Richtung etwa erforderlich werdenden Schritte des Kirchenregiments abzuwarten.

Würde demnächst das versammelte Concil sich wirklich anschicken, in die Rechtsspäre der Staatsgewalt überzugreifen oder würden sich bestimmte Indicien für eine derartige Absicht in authentischer Weise herausstellen, dann wäre auch nach der Ansicht der kaiserlichen und königlichen Regierung der Fall sicher nicht auszuschließen, daß neben den abwehrenden und abmahnenden Schritten der einzelnen Staaten auch gemeinsame Berathungen der Cabinette zum Zwecke übereinstimmender Wahrung der Staatshoheitsrechte sich als nöthig oder nützlich erweisen könnten. Dagegen vermögen wir nicht dafür zu stimmen, daß der bloßen Präsumtion möglicher Eingriffe in diese Rechte die Thatsache einer diplomatischen Conferenz entgegengestellt und dadurch — abgesehen von der erhöhten Schwierigkeit, auf so unsicherem Grunde zu festen Einverständnissen zu gelangen — vielleicht der Schein einer beabsichtigten Controle und Beschränkung der Freiheit der katholischen Kirche hervorgerufen und die Spannung der Gemüther ohne Noth vermehrt werden könnte.

Die hier dargelegte Auffassung hat übrigens die k. k. Regierung nicht abhalten können, die von dem königl. bairischen Cabinete ausgegangene Anregung zu einem Meinungsaustausche über diese bedeutungsvolle Angelegenheit in ihrem ganzen Werthe anzuerkennen. Wir fühlen uns dem Herrn Fürsten von Hohenlohe für die Mittheilung seiner Ansicht und für den uns dadurch gebotenen Anlaß, unser Verhältniß zur Sache darzulegen, aufrichtig verpflichtet, und Ew. Excellenz wollen es übernehmen, dieser Gesinnung bei Seiner Durchlaucht den wärmsten Ausdruck zu verleihen. Eine Abschrift des gegenwärtigen Erlasses sind Sie ermächtigt, dem Herrn Ministerpräsidenten, falls es gewünscht wird, zur Verfügung zu stellen.

Empfangen 2c.

Graf Beust hat übersehen, daß Fürst Hohenlohe in einer Depesche keineswegs bloße „Vermuthungen" aufgestellt, sondern seine Vorschläge durch positive Nachrichten über die Vorbereitungen zum Concil, welche aus Rom „aus sicherer Quelle" eingegangen, motivirt hatte. Die Augen absichtlich zu schließen, bis vollendete Thatsachen vorlägen, hielt er eben für unzulässig.

Ems, 12. Juli. [Se. Maj. der König] empfing heute Vormittags den Besuch des Prinzen Oskar von Schweden und lud denselben zur Tafel. Der Prinz, welcher seine Kur beendigt hat, reist Mittwoch nach Schweden zurück. Im Laufe des Vormittags begrüßte der König ferner seine Schwester, die Großherzogin-Wittwe Alexandrine von Mecklenburg-Schwerin.

München, 12. Juli. [Erklärung.] Die officiöse „Correspondenz Hoffmann" erklärt, daß die Veröffentlichung der Circulardepesche des Fürsten von Hohenlohe ohne Wissen und Willen der bairischen Staatsregierung erfolgt ist.

Italien.

Florenz, 6. Juli. [Die öffentliche Untersuchung über die Angelegenheit der Tabaksregie] geht ihrem Ende entgegen. Aus dem langwierigen Verhöre ist kein Beweis hervorgegangen, welcher eine Bestätigung der gegen die Herren Brenna, Civinini und Fambri erhobenen Beschuldigung einer ungesetzlichen Theilnahme liefern könnte. Herr Crispi, der eine der Ankläger, sah sich von allen jenen Zeugen im Stiche gelassen, auf deren Aussagen er seine Anklage stützte, und der andere, nämlich Herr Lobbia, gestand öffentlich, daß seine Absicht einzig und allein darin bestand, die Kammer zur Votirung der Untersuchung zu bewegen, und daß sein Packet wenig Wichtiges enthielt. Bei dieser Lage der Dinge glaubt man allgemein, daß die Commission sich darauf beschränken wird, in ihrem Bericht ein Resumé der von ihr angestellten Untersuchungen zu geben, ohne darüber irgend ein Urtheil zu fällen, und daß sie es der Kammer anheimstellen wird, den ihr am zweckmäßigsten scheinenden Beschluß zu fassen. Natürlich müßte die Kammer wieder einberufen werden, um den Bericht der Commission zu vernehmen; es ist aber noch nicht entschieden, ob das Ministerium sich dazu bewegen lassen oder ob es vorziehen wird, damit zu warten, bis eine Beruhigung der jetzt aufgeregten Gemüther eintritt. Jedenfalls würde im ersteren Falle die Kammer nur wenige Sitzungen halten und sich einzig und allein mit der Behandlung dieser Frage befassen, mit Ausschluß jedes anderen Gegenstandes. Bekanntlich befanden sich unter den der Untersuchungs-Commission vorgelegten Documenten einige Herrn Fambri entwendete Papiere, welche, man weiß nicht wie, in die Hände des Deputirten Crispi gerathen waren. Der Urheber dieses Diebstahls wurde in Livorno verhaftet, als er eben im Begriffe war, die Flucht zu ergreifen. Er ist ein Schreiber, Namens Burei, dem Fambri Wohlthaten erwiesen und bei der Quästur der Kammer eine Anstellung verschafft hatte. Die Wichtigkeit dieser Verhaftung besteht darin, daß sie einen neuen Proceß hervorrufen wird, in welchem mehrere der politischen Persönlichkeiten, die vor der Enquete-Commission eine Rolle spielten, wenigstens als Zeugen werden erscheinen müssen. Denn die Behörde wird gewiß erfahren wollen, auf welche Art die von Burei gestohlenen Papiere in den Besitz Crispi's gelangt sind, welcher bisher darüber keinen befriedigenden Aufschluß gab. (Triester Ztg.)

Frankreich.

⊙ **Paris**, 10. Juli. [Die beschlossenen Reformen. — Kein Plebiscit.] Die gestern allgemein umlaufenden Gerüchte über eine unmittelbar bevorstehende Veränderung im Ministerium, wodurch dem Tiersparti einige Portefeuilles zugewiesen wurden, haben sich nicht bestätigt. Trotzdem ist die Lage derart, daß ein Entschluß gefaßt werden muß. Bei dem Wunsche der Regierung, für die Reformen einen Aufschub zu erzielen, wird es für sie mit jeder Stunde dringender, ein Uebereinkommen mit der Kammer zu erzielen. Selbst die officiösen Blätter verschließen sich dieser Erkenntniß nicht. So schreibt die „Patrie", sie glaube, daß jene Beschließungen im heutigen Ministerrathe in St. Cloud ihre definitive Regelung erfahren hätten, und fährt fort: „Welches auch deren Fassung und Ausdehnung sein mag, wir betrachten es als unzweifelhaft, daß sie als Ausgangspunkt die offene Annahme des Grundsatzes haben müssen, welcher in der Interpellation der liberalen Conservativen ausgesprochen ist; d. h. einerseits die Verantwortlichkeit der Minister, andererseits eine beträchtliche Entwickelung der parlamentarischen Vorrechte." Das ist immerhin schon ein Einverständniß, welches die „Patrie" vor 14 Tagen nicht gemacht hätte. Sie läßt sich dann in Betrachtungen über die peinlichste jener Fragen, die Ministerverantwortlichkeit, ein, woraus hervorgeht, wie sehr die Regierung gerade in diesem wichtigsten Punkte sich zu drehen und zu wenden sucht. Ueber die Art, wie die neuen Reformen ins Werk zu setzen, ist die „Patrie" der Meinung der anderen Regierungsblätter, daß nämlich nur dem Senat es zustehe, dieselbe zu beschließen. Von einem Plebiscit will sie, als von einem zu radikalen und abenteuerlichen Mittel, nichts wissen. Die Basis der Constitution, d. h. die Verantwortlichkeit des Kaisers vor der Nation, bleibt unversehrt. Folglich ist die extreme Maßregel eines Plebiscit hier nicht angebracht. Ein Senats-Consult genügt für die Bedürfnisse der gegenwärtigen Lage. Wir verheimlichen uns jedoch nicht: es ist unumgänglich, daß diese Maßregeln so schnell als möglich verwirklicht werden und zu dem Ende scheint uns eine Berufung des Senats in kurzer Frist erforderlich.

[Kein Ministerwechsel. — Die Unterredungen in St. Cloud.] Die Berathungen der Minister folgen sich mit großer Schnelligkeit. Gestern Abend fand eine Zusammenkunft statt, heute Früh eine andere, darauf Ministerrath in Saint Cloud unter Vorsitz des Kaisers. Wie das Organ des Herrn Rouher, der „Public", mittheilt, verhandeln die Minister ausschließlich über das Thatsächliche, über die Forderungen des Tiersparti, namentlich über die Einführung der Ministerverantwortlichkeit, nicht aber über die Personenfrage. Nach dem „Public" also wäre von der Ministerkrisis, von der alle Welt gesprochen, unter den Nächstbetheiligten gar nicht die Rede gewesen. „Was wird nun aus diesen Berathungen hervorgehen?" schließt das Blatt seine Mittheilung. Eine unmittelbare Entscheidung, oder eine neue Erklärung zur Feststellung der Grundlagen einer Uebereinkunft, welche bestehen können zwischen den jetzt kundgegebenen Bestrebungen der Kammer und den ferneren Dispositionen der Regierung? Das kann noch Niemand sagen. Wir glauben nur, daß heute, Sonnabend, noch nichts bekannt werden wird. — Dasselbe Journal glaubt die zahlreichen Gerüchte über die Unterredungen, welche der Kaiser vorgestern Abend in Saint Cloud gehabt, dahin berichtigen zu können, daß der Kaiser mit mehreren Unterzeichnern der bekannten Interpellation die verlangten Reformen besprochen habe; aber derselbe habe keineswegs in seinen Beziehungen zu den Deportirten persönliche oder politische Feindseligkeit bekundet; die Kaiserin ebensowenig. Der allgemeine Eindruck sei der, daß das Staatsoberhaupt sich bestrebt habe, die Gesinnungen der verschiedenen Gruppen und Führer kennen zu lernen, also den Ausdruck der öffentlichen Meinung in Paris und den Departements.

Großbritannien.

London, 10. Juli. [Aus dem Oberhause.] Die Lords, schreibt man der „K. Z.", nahmen gestern Abend den Bericht über die amendirte Kirchenvorlage entgegen. Bei dieser Gelegenheit kam es zu mehreren hartnäckigen Wortkämpfen, doch wurden nur noch wenige Veränderungen von einiger Wesenheit in den Entwurf aufgenommen. Der Zeitpunkt der Entstaatlichung wurde in Folge eines Vergleiches auf den 1. Mai 1871 festgesetzt. Lord Clanricarde's Antrag auf Wiederherstellung der Bestimmung, daß die neue Kirchengemeinschaft die auf den Pfarrhäusern noch haftenden Baukosten zu übernehmen habe, fiel mit 91 zu 56 Stimmen durch; dagegen gelang es dem Erzbischof von Canterbury, einen Zusatz einzuschieben, daß der neuen Kirche eine Pauschsumme von 500,000 L. an Stelle der Privat-Stiftungen überwiesen werden solle. Ein ähnliches Anerbieten war früher von der Regierung gemacht worden, doch erklärte Lord Granville, dasselbe jetzt nicht mehr aufrechthalten zu können, nachdem das Haus mittlerweile durch seine Verfügung über die Pfarrländereien in Ulster die Sachlage gänzlich verschoben habe. Derby und Cairns griffen die Regierung wegen dieser angeblichen Sinnesänderung zwar heftig an, doch verharrten Granville und der Lordkanzler fest auf ihrem verneinenden Standpunkte. Freilich war die Gegenpartei mächtiger und der erzbischöfliche Vorschlag wurde angenommen. Nach anderen wenig erheblichen Abänderungen wurde der Bericht bestätigt, doch machte der conservative Lord Clancarty zum Schlusse noch die drohende Ankündigung, daß er bei der dritten Lesung die Verwerfung der ganzen Vorlage beantragen werde. Es bleibt noch ein kurze Mittheilung zu berücksichtigen, welche Lord Denbigh im Verlaufe des Abends machte. Er erklärte, sich in seiner neulichen Angabe, daß die katholische Geistlichkeit ein Anerbieten von Pfarrhäusern und Ländereien annehmen würde, geirrt zu haben; vielmehr würde dies einem jüngst gefaßten Beschlusse der katholischen Bischöfe Irlands zufolge nicht geschehen. Diese Ankündigung wird doch endlich der Mittelpartei in den Lords und der sie unterstützenden „Times" ein Licht über die Ansichten ihres Planes einer gleichzeitigen Bepfründung aller Bekenntnisse (concurrent endowment) aufstecken. Die „Times" behauptet zwar, daß Cardinal Cullen die katholischen Bischöfe und Lords zu diesem Beschlusse aus Dankbarkeit gegen die Regierung bestimmt habe, und daß, wenn die Regierung selbst den Plan — welcher bekanntlich in dem durchgefallenen Amendement des Herzogs von Cleveland niedergelegt war — sich zu eigen mache, die katholischen Peers dann auch für ihn stimmen würden. Das scheint eine ganz willkürliche Voraussetzung der „Times" zu sein, indem Lord Denbigh, ein weltlicher Pfeiler der katholischen Kirche, doch besser mit den Beschlüssen der katholischen hohen Geistlichkeit vertraut sein wird, als jenes Blatt, und Denbigh sagte kahl und dürr: „es ist beschlossen worden, daß ein solches Anerbieten (der katholischen Kirche Pfründen zuzuweisen) nicht angenommen werden könne, auch wenn es gemacht werden sollte." Klar genug unseres Bedünkens.

[In Cork] waren gestern seltsame Maueranschläge zu lesen; sie riefen die Orangisten des Nordens auf, mit dem Volke des Südens gemeinschaftliche Sache zu machen und Farben orangegelb und grün zu tragen. Das wäre also ein Bund der Orangisten und der Fenier, die freilich gut genug zusammenpassen — **par nobile fratrum.** Das Band der Liebe, das beide umschlingen soll, ist der gemeinsame Haß gegen die Polizei, welche den widerwärtigen Gesellen im Norden wie im Süden ein Gräuel ist, indem sie den Einen ihren kirchlichen, den Anderen ihren politischen Fanatismus abzukühlen sucht, ein andere rein fenische Nachricht kommt aus Washington; der Fenier-Oberst Warren, großmäuligen Andenkens, hat eine Unterredung mit dem Präsidenten Grant gehabt, und ihn bewogen, über die Verhaftung mehrerer amerikanischer Staatsbürger Seitens der britischen Behörden Erkundigungen einzuziehen.

[In Portadown] haben die Untersuchungen über den Straßencrawall zwischen Pöbel und Polizei begonnen; die Aussagen der Zeugen lauteten dahin, daß die Polizeisoldaten keinen Grund gehabt hätten, auf die Volksmenge zu feuern.

A. A. C. **London**, 10. Juli. [In der gestrigen Sitzung des Unterhauses] beantwortete der Unterstaatssecretär eine Interpellation des Alderman Salomons in Betreff der Judenverfolgungen in Rumänien dahin, daß die Regierung deren Erneuerung beklage. Erst diesen Morgen habe man ein Telegramm vom Gesandten in Wien erhalten, dem Baron von Rothschild eine Depesche aus Rumänien mitgetheilt habe. Dieses Telegramm beschreibe neue Unthaten gegen die Juden und fahren dann fort: „Unsere Frauen und Kinder werden von den Soldaten des Sultans (?) gemißhandelt und viele unserer Glaubensgenossen wurden ertränkt. Man hat uns die Köpfe in einer Weise geschoren, die uns zur Schmach dienen soll, und wir werden allen erdenklichen Mißhandlungen und Gewaltthätigten Sei-

tens der Regierungsagenten ausgesetzt. Wir werden auf das Härteste verfolgt." — Otway fügte hinzu, die Instructionen, welche der britische Generalconsul zu Bukarest erhalten, machten ihm unablässiges Bemühen zur Pflicht, der rumänischen Regierung die schlimme Wirkung vorzuhalten, welche solche Vorgänge überall in Europa hervorbringen müßten. Die britische Regierung werde in Gemeinschaft mit anderen Mächten, auf Seiten derer es an gleichen Vorstellungen nicht gefehlt, in demselben Sinne zu handeln fortfahren. Es sei zu hoffen, daß unter dem erlauchteten Fürsten, der jetzt in Rumänien regiere, eine Besserung der Zustände eintreten werde. — Auf eine Interpellation Verneys theilte Monsell im Auftrage der Regierung mit, daß die Regierung in Canada die Bedingungen für den Ankauf der Hudsonsbai-Ländereien acceptirt habe. — Dann erfolgte die lang erwartete Interpellation wegen der Central-asiatischen Frage. Eastwick entwickelte aus geographischen und historischen Thatsachen, daß Rußland mehr und mehr Macht in der Bucharei erlange, aber er stimme nicht mit der englischen Politik überein, die Angesichts dessen die Afghanen mit Waffen und Geld versehe. Man solle viel eher in Persien größeren Einfluß zu erlangen suchen, und dazu empfahl er u. A. englische Officiere zur Einexercirung persischer Truppen zu „leihen" und die directen Beziehungen Englands mit Persien auf die indische Regierung zu übertragen. Er beantragte die Vorlage der neuesten Depeschen. Sir C. Wingfield (einer der wenigen Parlamentsmitglieder, welche indische Verhältnisse aus eigener Anschauung kennen), widerrieth alles Abweichen von der Politik der Nicht-Intervention und mißbilligte das zwischen dem Vicekönig Lord Majo und Shir Ali getroffene Uebereinkommen, weil gerade dadurch eine wechselseitige Intrigue zwischen England und Rußland wegen Afghanistans angesponnen werden könne. Duff behandelte die Idee einer möglichen russischen Invasion Indiens als phantastisch. Sir Stafford Northcote hielt die Aufrechterhaltung von Frieden und Ordnung in Indien und mit dessen Nachbarn als bestes Schutzmittel, empfahl auch, soweit thunlich, eine Zuziehung von Eingebornen zur Landesverwaltung. Gladstone schloß sich dieser Ansicht an und versicherte gleichzeitig, daß das zwischen Lord Majo und Shir Ali getroffene Abkommen keine Verpflichtungen auferlege, ohnehin habe Rußland sich dafür ausgesprochen, daß Afghanistan als eine neutrale Zone zwischem russischem und britischem Einfluß betrachtet werden solle. — Gelegentlich einer Interpellation über die Politik der Regierung in Neuseeland überraschte der Orangist Whalley das Haus mit der positiven Behauptung, daß der Krieg mit den Maories von katholischen Priestern aus Protestantenhaß angezettelt worden. Er forderte die Regierung heraus, diese Behauptung zu widerlegen, wurde aber vom Hause recht eigentlich ausgelacht. Die Debatte über Neuseeland wurde vertagt. — Viel Heiterkeit erregte eine Discussion über die Zweckmäßigkeit, den störenden Schirm von der Damen-Gallerie zu entfernen. Mr. Layard theilte mit, daß unter 200 Damen, mit denen er Rücksprache genommen, nur zwei sich für Entfernung des verbergenden Gallerieschirmes ausgesprochen hätten, aber jedenfalls werde die Regierung für größere Bequemlichkeit der Damen Sorge tragen.

[Der Strike der Nagelschmiede in Worcestershire] nimmt mit jedem Tage eine ernstere Haltung an. Bis jetzt haben nicht weniger als 5000 Handwerker die Arbeit eingestellt, unter denen, trotzdem ansehnliche Summen zur Vertheilung kommen, großes Elend herrscht. Tagtäglich werden Meetings abgehalten, aber die Fabrikenbesitzer halten sich in der Reserve und tragen die größte Gleichgiltigkeit zur Schau. Ein solch' ernster und bedeutsamer Strike hat in dem Distrikt seit Jahren nicht stattgefunden.

Breslau, 13. Juli. Angekommen: Graf v. Seebach aus Dresden. v. Lichtenstein, kais. russ. Staatsrath, aus Warschau. Freih. v. Freytag-Loringhoven, Wirkl. Geh. Staatsrath, aus Danzig. (Fremdenbl.)

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

Posen, 12. Juli. [Zimmergesellen-Strike.] Die hiesigen Zimmergesellen haben sich die Berliner zum Muster genommen und fangen auch endlich zu striken an, indem sie von den Meistern eine kürzere tägliche Arbeitszeit, vor Allem aber ein höheres Arbeitslohn und zwar von mindestens 22½ bis 27½ Sgr. pro Tag verlangen. Der Beschluß ist vor Kurzem in einer Versammlung gefaßt und Sonnabend bereits den Meistern mitgetheilt worden. Diesen kommt der Strike gerade jetzt, wo sie in vollster Arbeit sind, höchst ungelegen; sie haben daher gestern Nachmittag gleichfalls eine Versammlung abgehalten und in derselben beschlossen, den Forderungen der Gesellen in so weit nachzukommen, daß sie die Löhne der besseren Gesellen erhöhen, eine durchschnittliche Erhöhung aber ablehnen. Es bleibt abzuwarten, ob die Gesellen sich durch diesen Beschluß befriedigt erklären werden. (Ostd. Z.)

Kempen, 8. Juli. [Der Proceß wegen der vom Professor Fürst herausgegebenen Bibel,] von dem ich seiner Zeit berichtete und der nicht wenig Spannung erregte, ist vor wenigen Tagen entschieden worden; wie nicht anders möglich war, zu Gunsten der Buchhandlung. Der Richter hat nicht erst geglaubt, die Gutachten, auf welche die Parteien provocirt hatten, hören zu müssen; vielleicht verzichtete er darauf, weil zu gleicher Zeit auf der Synode in Leipzig eine Menge Rabbiner nach scharfem Streit pro und contra nicht zur festen Entscheidung darüber gelangen konnten, ob die Circumcision eine conditio sine qua non für den Juden sei. Der Richter behandelt in den Motiven des Decrets die Sache zunächst als ein Rechtsgeschäft, bei welchem beiderseits die einmal eingegangenen Verbindlichkeiten erfüllt werden mußten; der Einwand, daß die Bibel nicht eine „für Israeliten" sei, weil in einer Anmerkung die Nothwendigkeit der Beschneidung geleugnet werde, sei unerheblich einmal, weil keiner der Verklagten zunächst nachgewiesen habe, daß er ein Jude sei, dann aber, weil es vollkommen im subjectiven Denken eines Jeden begründet liege, wie er sich zu der Vorschrift von der Beschneidung verhalten wolle. Ob damit diese interessante Streitsache endgiltig entschieden ist, ist fraglich. Dem Vernehmen nach werden die Verurtheilten appelliren. (Pos. Ztg.)

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. n Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 12. Juli 10 U. Ab.	334,43	+13,8	N. 0.	Heiter.
13. Juli 6 U. Mrg.	333,93	+10,8	NO. 0.	Heiter.

Breslau, 13. Juli. [Wasserstand.] O.-P. 15 F. — Z. U.-P. — F. 9 Z.

Telegraphische Depeschen.

Linz, 12. Juli. Schwurgerichtsverhandlungen gegen den Bischof Rudigier. In Folge einhelligen Verdictes der Geschworenen wurde der Bischof wegen des Verbrechens der versuchten Ruhestörung zu vierzehntägigem Kerker verurtheilt. Die Staatsanwaltschaft beantragte sechsmonatlichen Kerker. (W. T. B.)

Paris, 12. Juli. Gesetzgebender Körper. Staatsminister Rouher erhält das Wort zur Verlesung der folgenden kaiserlichen Botschaft: Durch meine Erklärung vom 28. v. M. theilte ich Ihnen mit, daß ich Ihnen in der ersten ordentlichen Sitzung die Entscheidung über Gesetzentwürfe unterbreiten würde, welche geeignet erscheinen möchten, die Wünsche des Landes zu verwirklichen. Der gesetzgebende Körper scheint indessen den Wunsch zu hegen, die beschlossenen Reformen sofort kennen zu lernen. Ich erachte es für nützlich, diesen Bestrebungen entgegen zu kommen. Es ist mein fester Entschluß, den Befugnissen des gesetzgebenden Körpers diejenige Erweiterung zu geben, welche verträglich ist mit den Grundlagen der Verfassung. Ich will durch diese Botschaft die im Conseil gefaßten Beschlüsse auseinandersetzen. Der Senat wird so bald als möglich zusammenberufen werden, um die folgenden Fragen zu prüfen:

1) Dem gesetzgebenden Körper soll das Recht beigelegt werden, seine Geschäftsordnung festzustellen und seinen Vorstand zu wählen.
2) Die bisherige Einrichtung bei Einbringung und Prüfung von Amendements soll vereinfacht werden.
3) Die Regierung übernimmt die Verpflichtung, dem gesetzgebenden Körper Tarifveränderungen in den auswärtigen Handelsverträgen zu unterbreiten.
4) Das Budget soll nach Kapiteln berathen werden, um die Controle des gesetzgebenden Körpers wirksamer zu machen.
5) Aufhebung der Unverträglichkeit des Deputirtenmandats mit gewissen Staatsämtern, namentlich mit denjenigen der Minister.
6) Ausdehnung des Interpellationsrechtes.

Die Regierung wird auch Fragen prüfen, welche den Senat interessiren. Die wirksamere Solidarität, welche die Fähigkeit, die Functionen eines Deputirten und eines Ministers gleichzeitig auszuüben, zwischen Kammer und Regierung herstellen wird, die Anwesenheit aller Minister bei den Kammerverhandlungen, die Berathungen der Staatsangelegenheiten im Conseil, das loyale Einvernehmen mit der vom Lande constituirten Majorität, alles das sind Garantien, welche wir in unserer gemeinschaftlichen Sorgfalt erstreben.

Ich habe schon zu wiederholten Malen gezeigt, wie sehr ich im öffentlichen Interesse geneigt war, gewisse Prärogative aufzugeben. Die Aenderungen, welche ich mich entschieden habe, in Vorschlag zu bringen, bilden die natürliche Entwickelung derjenigen, welche successive in die Institutionen des Kaiserreichs hineingetragen sind. Dieselben sollen übrigens die Prärogative, welche das Volk mir in der klarsten Weise anvertraut hat, und welche die wesentlichen Bedingungen sind für eine Staatsgewalt, welche die Schutzwehr der Ordnung und der Gesellschaft, unberührt lassen. (W. T. B.)

Paris, 12. Juli, Abends. Die Urheber der Interpellation haben beschlossen, trotz der kaiserlichen Zugeständnisse, die Interpellation aufrecht zu halten. Man glaubt, daß etwa 75 Mitglieder ihre Unterschriften belassen werden. (W. T. B.)

Brest, 11. Juli, Abends. Der Ingenieur Forde telegraphirt an Julius Reuter: Die Proben auf Electricität geben befriedigende Resultate. Der „Great Eeastern" war heute Mittags nur noch eine Tagesreise von dem in St. Pierre gelegten Uferende des Kabels entfernt und befand sich um 2 Uhr Nachmittags 45° 15′ Br. und 50° 15′ L.; bis dahin waren 2446 Seemeilen des Kabels versenkt. Als der Nebel sich klärte, begegnete der „Great Eastern" dem zur Expedition gehörigen Dampfer „William Cory", woraus sich die Genauigkeit des von uns eingeschlagenen Courses ergiebt. Sämmtliche Schiffe segeln jetzt nach St. Pierre. (T. B. f. N.)

Lissabon, 11. Juli. Man erwartet einen Ministerwechsel. — Es verlautet jetzt, daß die Anleihe dem Bankhause Stern übertragen werden soll. — Die Weinpflanzungen sind in mehreren Districten Portugals durch die Traubenkrankheit zu Grunde gerichtet. (T. B. f. N.)

Queenstown, 12. Juli. In Lima werden die Agitationen zu Gunsten der Insurrection in Cuba fortgesetzt. — Die Verfassung von Bolivia ist wieder hergestellt. — In Costa-Rica ist eine Dictatur errichtet. — In Porto-Rico ist eine Revolution gegen Spanien ausgebrochen. — Auf den Westindischen Inseln herrscht Dürre. (T. B. f. N.)

London, 13. Juli. Das Oberhaus hat die dritte Lesung der irischen Kirchenbill vorgenommen. Noch wurde der Antrag Devon's gegen die Beibehaltung des Sitzes der Bischöfe im Oberhause mit 108 Stimmen gegen 82 Stimmen angenommen, desgleichen der Antrag Stanhope's behufs gleichmäßiger Entpfründung der gesammten Geistlichkeit mit 121 Stimmen gegen 114 Stimmen. (W. T. B.)

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Wolff's Telegraphisches Bureau.)

Paris, 12. Juli, Nachm. 3 Uhr. Schluß-Course: 3proc. Rente 71, 75—71, 47½—71, 47½. Italienische 5pr. Rente 54, 50. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Actien 770, —, sehr fest. Credit-Mob.-Actien 235, —. Lombard. Eisenbahn-Actien 528, 75. dito. Prioritäten 238, 25. 6proc. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 (ungest.) 92⅝. Tabaks-Obligat. 427, 50. Tabaks-Actien 635, —. Türken 44, 45. — Sehr matt, unbelebt. Consols von Mittags 1 Uhr waren 93¼ gemeldet.

London, 12. Juli, Nachm. 4 Uhr. Schluß-Course: Consols 93 3/16. 1proc. Spanier 28⅝. Italien. 5proc. Rente 54 5/16. Lombarden 20 15/16. Mexicaner 12¼. 5proc. Russen 86½. Neue Russen 85¼. Silber 60 5/16. Türkische Anleihe von 1865 46½. 8proc. rumänische Anleihe 89. 6proc. Ver.-St.-Anl. pr. 1882 81 9/16. — Fest.

Frankfurt a. M., 12. Juli, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Schluß-Course: Wiener Wechsel 95. Oesterreichische Nationalanleihe 55⅞. 6% Verein. St.-Anleihe pr. 1882 87. Hessische Ludwigsbahn 137½. Baierische Präm.-Anleihe 105. 1854er Loose 75. 1860er Loose 85. 1864er Loose 116½. Ruß. Bodencredit 80⅝. Oberhessische —. Lombarden 249. Neue Spanier 28⅜. — Nach Schluß der Börse fest. Creditactien 272¼, 1860er Loose 85, Staatsbahn 364¾, Lombarden 249½, Silberrente —, Meininger Bank —, Galizier 223¼, Amerikaner —.

Frankfurt a. M., 12. Juli, Abends. [Effecten-Societät.] Amerikaner 86 15/16. Creditactien 271½. Staatsbahn 365¾. Steuerfr. Anleihe —. Lombarden 249¼. 1860er Loose 85⅛. National-Anleihe —. Galizier 222¾. Darmstädter Bankactien —. Silberrente 57¼. Anfangs günstig. Schluß matt. Paris bekannt.

Wien, 12. Juli, Abends. [Abendbörse.] Credit-Actien 287, 40. Lombarden 263, 40. 1860er Loose 104, 60. 1864er Loose 123, 10. Staatsbahn 383, 50. Galizier 233, 75. Napoleonsd'or 10, 00½. Silber-Rente —. Anglo-Austrian 363, —. Franco-Austrian 130, —. — Günstig, Pariser Schlußcourse unbekannt.

Hamburg, 12. Juli, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Preuß. Thaler 151½. Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 89½. National-Anleihe 57¼. Oesterreichische Credit-Actien 115⅝. Oesterreichische 1860er Loose 84⅛. Staatsbahn 768½ Hausse. Lombarden 525½. Italienische Rente 54¼. Vereinsbank 113. Norddeutsche Bank 131½. Rhein. Bahn 112¾. Nordbahn —. Altona-Kiel —. Finnl. Anleihe —. 1864er Russische Prämien-Anleihe 130½. 1866er Russische Prämien-Anleihe 129½. 6procent. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 81¾. Disconto 2¾ pCt. — Beschränktes Geschäft.

Hamburg, 12. Juli, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco ohne Kauflust. Weizen auf Termine matt, Roggen flau. Weizen pr. Juli 5400 Pfd. netto 117 Bankothaler Br., 116 Gd., pr. August-September 119 Br., 118 Gd., pr. September-October 120 Br., 119½ Gd. Roggen pr. Juli 5000 Pfd. Brutto 102 Br., 100 Gd., pr. August-September 92 Br., 91 Gd., pr. Septbr.-October 89 Br. u. Gd. Hafer sehr ruhig. Rüböl stille, loco 25, pr. Octbr. 25⅜. Spiritus unverändert. Kaffee ruhig. Zink stille. Petroleum unverändert, loco 14, pr. Juli 13½, pr. August-December 14¼. — Sehr schönes Wetter.

Liverpool, 12. Juli, Mittags. Baumwolle: 12,000 Ballen Umsatz. Middling Orleans 12¾. Middling Amerikan. 12½. Fair Dhollerah 10⅜. Middling fair Dhollerah 10. Good middling Dhollerah 9½. Bengal —. Fair Bengal 8⅝. Fine Bengal —. New fair Domra 10½. Good fair Domra —. Pernam 12¾. Smyrna —. Egyptische —. Schwimmende Orleans —. Domra März-Verschiffung 10½. Dorma Mai-Verschiffung 10¼. — Guter Markt.

— (Schlußbericht.) Baumwolle: 12,000 Ballen Umsatz, davon für Speculation und Export 3000 Ballen. — Fest.

Paris, 12. Juli, Nachmitt. Rüböl pr. Juli 101, 00, pr. September-December 103, 00, pr. Januar-April 104, 00. Mehl pr. Juli 57, 50, pr August 58, 00, pr. Septbr.-December 60, 00. Spiritus pr. Juli 61, 50 Baisse. — Wetter heiß.

London, 12. Juli. [Viehmarkt.] Am Markte waren 4300 Stück Hornvieh und 30,110 Stück Schafe. In Hornvieh geringe Qualitäten schlecht verkäuflich, Handel schleppend, englische Zufuhr klein, Preise 4 Sh. 2 D. bis 5 Sh. In Schafvieh Handel flauer, fremde Zufuhr groß, Preise 4 Sh. 6 D. bis 5 Sh. 2 D. Preise für Schweine 3 Sh. 6 D. bis 4 Sh. 2 D.

London, 12. Juli. Getreidemarkt (Schlußbericht). Guter Marktbesuch. Weizen belebt, englischer und fremder 1—2 Sh. höher als letzten Montag; englischer knapp. Mahlgerste besser. Hafer seit Montag ungefähr ½ Sh. niedriger bei beschränktem Geschäft. Mehl fest und unverändert. — Wetter anhaltend heiß.

Amsterdam, 12. Juli, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen unverändert. Roggen loco stille, pr. October 204. Rüböl pr. Herbst 39¾ pr. Mai 1870 41. — Wetter heiß.

Antwerpen, 12. Juli, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schluß-Bericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 49½, pr. September 51, pr. Octbr.-Decbr. 53½. Unverändert.

Bremen, 12. Juli. [Petroleummarkt.] Petroleum, Standard white, geschäftslos.

Braunschweig, 12. Juli. Die heutige außerordentliche Generalversammlung der Actionäre der Braunschweiger Bank genehmigte fast einstimmig den Directionsantrag auf Erweiterung der Notenemission um eine Million Thaler unter den von der herzoglichen Regierung gestellten Bedingungen. (B. B. Z.)

Berlin, 12. Juli. Bei im allgemeinen günstiger Stimmung beschäftigte sich die Börse doch eigentlich nur mit einigen wenigen Devisen in umfangreicherer Weise, und standen dabei Franzosen obenan. Die günstigen Einnahmen hatten für das Papier wieder den alten Freunden desselben einen neuen Impuls gegeben, der ein lebhaftes Geschäft und eine wesentliche Courssteigerung zur Folge hatte; nebenbei gesagt sind wohl auch Franzosen noch diejenige Devise, an der auch eine Contremine noch Interesse haben mag, und damit der Hausse Hoffnung auf nothwendige Deckungen macht; die anderen österreichischen Spekulationspapiere zeigten sich in festester Haltung bei mäßigem Verkehr und ab und zu selbst etwas anziehend; dagegen war Italien. Rente durchaus vernachlässigt, während Tabaks-Actien und Obligationen, wenn auch im Course eher gedrückt, doch guter Kauflust begegneten. Amerikaner blieben still, Türken wurden rege gehandelt, und findet sich in den finanziellen Arrangements für Herstellung der türkischen Bahnen wohl zunächst eine Unterstützung der für die Anleihe wachsenden Theilnahme der Börsen. Von ausländischen Fonds gaben 1860er Loose zwar nach, vielleicht im Hinblick auf die Emission türkischer Loose, indeß waren die Umsätze darin belangreich, die anderen österreich. Anlehen hielten sich schwach, auch die russischen erschienen matter; von Pfandbriefen und Liquidations-Pfandbriefen ging Manches um, Präm.-Anl. war gedrückt, russ. Bodencredit handelte man zu 80 und resp. 79¼. Auch russische Prioritäten hatten eine mattere Färbung, was sich meist im Coursstande aussprach, Rockford 70⅝ bez.; österr. fanden weniger Beachtung als sonst, dagegen war für die preußischen von manchen Seiten Nachfrage. Der Eisenbahnmarkt bleibt fest, doch träge, nur auf Bergische wirkten die günstigen Einnahmen belebend, und ebenso fanden Rechte Oder mehr Beachtung als andere Bahnactien, Mecklenburger zogen an, von Rheinischen, die billiger, ging Manches um, Görlitzer und Oberschlesische hielten sich nicht voll. Von Preuß. Fonds waren 4½proc. Anleihen nicht ohne Regsamkeit, 5proc. wich etwas, deutsche Fonds traten nicht hervor. Von Banken waren Darmstädter und Meininger die bevorzugten, gegen die Course des gestrigen Privatverkehrs war deren Cours indeß rückgängig; Disc.-Comm. gab von letzter Courssteigerung wieder ein Paar Procente auf, sonst hoben gute Frage viele Bankactien im Course. Görlitzer Eisenbahnbedarf 102½ Post bez. (B.- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 12. Juli 1869.

Fonds und Geld-Course.

	Freiw. Staats-Anl.	4½	97 G.
	Staats-Anl. von 1859	5	102 bz
	dito 1854.55.57	4½	95¼ bz.
	dito 1856	4½	93⅜ G.
	dito 1859	4½	93¼ bz.
	dito 1864.67	4½	93¼ bz.
	dito 1868	4½	93¼ bz.
	dito 1850/52	4	85¾ bz.
	dito 1853	4	85¾ bz.
	dito 1862	4	85¾ bz.
	dito 1868	4	83¾ bz.
	Staats-Schuldscheine	3½	80¾ bz.
	Präm.-Anl. von 1855	3½	123 bz.
	Berliner Stadt-Oblig.	4½	92⅝ bz.
Pfandbriefe	Kur- u. Neumärk.	3½	72¾ bz.
	Pommersche	3½	72⅛ bz.
	Posensche	4	— — —
	dito	3½	— — —
	dito neue	4	83½ B.
	Schlesische	3½	78 G.
Rentenbriefe	Kur- u. Neumärk.	4	87⅛ bz.
	Pommersche	4	87⅜ B.
	Posensche	4	85⅞ G.
	Preussische	4	85⅞ G.
	Westph. u. Rhein.	4	89 B.
	Sächsische	4	88⅞ bz.
	Schlesische	4	88⅞ bz.

Louisd'or 112 bz G. | Oest. Bk. 81 bz
Goldk. 9.10 B. | Russ. Bk. 77⅝ bz.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques	5	51 G.
dito Nat.-Anl.	5	57¾ bz.
dito Lot.-A.v.60	5	85⅞ à5 bz.
dito dito 64	—	66¼ bz.
dito 54er Pr.-A.	4	76¾ G.
dito Eisenb.-L.	—	89½ G.
Ital. neue 5proc. Anl.	5	55⅜ bz.
Russ. Bodencredit	5	80 bz.
dito Poln.-Sch.-Obl.	4	67¾ G.
Poln.Pfandbr.III.Em.	4	70 G.
dito Liqu.-Pfandbr.	4	58¼ bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	97⅞ B.
dito à 300 Fl.	5	93½ bz.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	— — —
Baden. 35 Fl. Loose	—	31¾ bz
Amerikan. St.-Anl.	6	87½ à ⅝ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	94 G.
dito II.	4½	92½ bz.
dito IV.	4½	— — —
dito III.v.St.3½ g.	3½	77⅜ bz.
Bresl.-Frb.	4½	— — —
dito L. G.	4½	87¾ bz
Coeln-Minden	4½	— — —
dito II	5	— — —
dito	4	82½ B.
dito III.	4	81½ G.
dito	4½	90½ B.
dito IV.	4	81 et. bz. B.
dito V.	4	81¼ G.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	81 G.
dito III. Em.	4½	— — —
dito IV. Em.	4½	— — —
Gal. Ludwigsb.	5	84 B.
Niederschl.-Märk.	4	84¼ G.
dito conv.	4	84¼ G.
dito III.	4	80¼ bz.
dito IV.	4½	92¼ G.
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	99¼ bz.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	77¼ G.
dito C.	4	83½ G.
dito D.	4	83½ B.
dito E.	3½	73¾ bz. G.
dito F.	4½	89 et. bz. G.
dito G.	4½	88 G.
Oesterr.-Franz.	3	291 bz.
Oesterr. südl. St.-B.	3	243 bz.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1867	1868		
Aachen-Mastricht	0	0	4	38¼ bz.
Amsterd.-Rottd.	5⅜	6	4	95⅛ bz.
Berg.-Märkische	7⅞	8	4	135 bz.
Berlin-Anhalt	13[illegible]	13[illegible]	4	183⅞ bz.
Berlin-Görlitz	4	—	4	74¾ bz.
dito St.-Prior.	5	5	5	91½ bz. G.
Berlin-Hamburg	9½	9½	4	158⅞ G.
Berl.-Potsd.-Mgd.	16	17	4	194⅞ bz.
Berlin-Stettin	8	8½	4	129 bz.
Böhm.-Westb.	5	5	5	84½ bz.
Breslau-Freib.	8	8½	4	119 bz.
dito neue	—	—	5	99⅜ bz. G.
Cöln-Minden	8 11/20	8[illegible]	4	117⅛ bz.
Cosel-Oderberg	4	7	4	107⅞ bz. G.
dito St.-Prior.	4½	7	4½	105¼ bz. G.
dito dito	5	7	5	106¾ bz. G.
Galiz. Ludwigb.	9½	7	5	96½ bz
Ludwigsh. Bexb.	9⅜	11 1/5	4	161 bz. B.
Magdb.-Halberst.	13	13	4	133 bz.
Magdb.-Leipzig	18	19	4	202 B.
Mainz-Ludwigsh.	8½	9	4	136⅜ bz.
Mecklenburger	2½	2¾	4	76⅛ bz G.
Neisse-Brieger	5[illegible]	5¼	4	91 bz. G.
Niedrschl.-Märk.	4	4	4	87¾ bz.
Niedrschl. Zwgb.	3⅜	4 1/5	4	83¼ bz
Nordbahn, Hess.	—	—	4	— — —
Oberschl. A.	13⅜	15	3½	182½ bz.
dito B.	13⅜	15	3½	167½ bz G.
dito C.	13⅜	15	3½	182¼ bz.
Oest.-Fr. St.-B.	8⅜	10¼	5	207¾ à8¾ bz.
Oestr. südl. St.-B.	6 8/15	6 8/15	5	142½ à42¾ bz.
R. Oderuf.-St.-A.	5	5	5	91⅞ bz.
R. Oderuf.-St.-Pr.	5	5	5	95⅞ bz.
Rheinische	7⅜	7½	4	114 bz.
dito Stamm-Pr.	7⅜	7½	4	— — —
Rhein-Nahebahn	0	0	4	25⅛ bz.
Stargard-Posen	4½	4½	4½	93 bz.
Thüringer	8⅜	9	4	136½ bz.
Warschau-Wien	8⅜	6⅞	5	57⅞ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	9⅛	9⅞	4	161 B.
Braunschw. B.	6⅞	7	4	108 G.
Bremer Bank	5⅞	5¼	4	112⅝ G.
Danziger Bank	5⅞	5⅓	4	103⅝ B.
Darmst. Zettelb.	5	6	4	96⅞ B.
Geraer Bank	5⅜	4⅞	4	80 bz.
Gothaer "	5¼	5⅞	4	92⅜ B.
Hannoversche B.	4	4 3/5	4	90 B.
Hamb. Nordd. B.	7½	8 9/10	4	130 G.
" Vereins-B.	8⅜	[illegible]	4	113¼ bz. G.
Königsberger B.	6 1/10	4	4	105⅝ G.
Luxemburger B.	7 4/5	10	4	113⅜ G.
Magdeburger B.	4	4 2/5	4	86½ B.
Posener Bank	5[illegible]	6 1/10	4	101 G.
Preuss. Bank-A.	8 1/10	8	4½	138 B.
Thüringer Bank	4	4	4	76¼ B.
Weimar	4⅜	4½	4	81⅛ bz.
Berl. Hand.-Ges.	8	10	4	125¾ bz.
Coburg.Credb.-A.	4	5⅔	4	86½ G.
Darmstädter "	6⅜	8	4	121 bz.
Dessauer "	0	—	—	5⅞ et. bz.
Disc. Com.-Anth.	8	9	4	129⅝ bz. G.
Genfer Credb.-A.	—	—	4	22⅞ G.
Leipziger "	6	8	4	116 bz.
Meininger "	7	8⅜	4	113⅜ bz.
Moldauer Lds.-B.	5	4	4	23¼ G.
Oest. Credb.-A.	7⅜	13	5	116⅝ à⅞ bz.
Schl. Bank.-Ver.	7⅜	8	4	119 G.
Minerva	0	—	5	42¾ et. bz.
Fbr.v.Eisenbdf.	12⅜	12½	5	137 G.

Berlin, 12. Juli. Weizen loco 66—76 Thlr. pro 2100 Pfd. nach Qualität pro Juli u. Juli-August 66—65½ bez, Septbr.-Oct. 67¾—¼—½ bez. — Roggen loco 54—59¾ Thlr. pro 2000 Pfd. bez. pro Juli 57 bis 55½—56¼ bez., Juli-August 54—53½—¾ bez., September-October 52⅞—¼—½ bez., October-Novbr. 51½—51 bez., Novbr.-Decbr. 50½—50 bez., April-Mai 49⅝—½ bez. — Rüböl loco 12⅝ Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 17⅙—16 23/24 Thlr. bez., ab Speicher — Thlr. bez., pro Juli und Juli-August 16¾—⅝ Thlr. bez., August-September 16⅞ bis 16¾ Thlr. bez., Septbr.-October 16 1/12—11/24 Thlr. bez., Octbr.-Novbr. 15⅚—15¾ Thlr. bez., Novbr.-Decbr. 15½ Thlr. bez.

⁂ **Breslau**, 13. Juli. Am heutigen Markte war bei ruhiger Kauflust der Umsatz von Getreide beschränkt.

Weizen preishaltend, pr. 85 Pfund schlesischer weißer 75—88 Sgr., gelber 75—85 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Roggen blieb vernachlässigt, pr. 84 Pfund 60—69 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. Gerste wenig gefragt, pr. 74 Pfd. weiße 55—56 Sgr., helle 50—53 Sgr., gelbe 46—48 Sgr. — Hafer beachtet, pr. 50 Pfd. galizischer 39—41 Sgr., schlesischer 41—43 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Erbsen ruhiger. — Wicken gesucht, pr. 90 Pfd. 62—68 Sgr. — Oelsaaten begehrt. — Lupinen wenig Umsatz, 62—67 Sgr. pr. 90 Pfund. — Bohnen wenig beachtet, pr. 90 Pfund 65—85 Sgr. — Schlaglein leicht verkäuflich. — Rapskuchen war ohne Angebot, 68—70 Sgr. pr. Ctr. — Mais (Kukuruz) schwacher Umsatz, 65—67 Sgr. pr. Centner.

	Sgr. pr. Schffl.		Sgr. pr. Schffl.
Weißer Weizen	75—84—88	Erbsen	59—62—65
Gelber Weizen	74—82—85		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	60—66—69	Schlag-Leinsaat	190—200—205
Gerste	46—52—56	Winter-Raps	220—232—242
Hafer	38—40—43	Winter-Rübsen	214—230—238

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. 20—28 Sgr., Metze 1½—1¾ Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.